



## **FTVI & FTRI 2012: Staat und Verwaltung auf dem Weg zu einer offenen, smarten und vernetzten Verwaltungskultur**

Fachtagung Verwaltungsinformatik (FTVI) und Fachtagung Rechtsinformatik (FTRI)

15.-16. März 2012 in Friedrichshafen

<http://www.ftvi.de>

Die Fachtagung Verwaltungsinformatik (FTVI) und die Fachtagung Rechtsinformatik (FTRI) haben zum Ziel, einen richtungsweisenden Dialog zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraktikern, Rechtspraktikern und Beratern zu fördern, indem Konzepte und Erfahrungen analysiert sowie Umsetzungsstrategien aufgezeigt werden. Die FTVI wird alle zwei Jahre von der Fachgruppe Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik ausgerichtet. Die FTRI wird 2012 zum zweiten Mal gemeinsam mit der FTVI ausgerichtet. 2012 stehen die 9. FTVI und die 2. FTRI unter dem gemeinsamen Motto:

**„Staat und Verwaltung auf dem Weg zu einer offenen, smarten und vernetzten Verwaltungskultur“**

### **Aufruf zu Beiträgen**

---

Soziale Medien, die Web 2.0-Technologien und Cloud Computing-Angebote tragen derzeit erheblich zu einer Öffnung von Staat und Verwaltung bei. Sie stärken viele Good-Governance-Prinzipien wie etwa Offenheit, Transparenz, Partizipation, Kollaboration, Bürgerorientierung und Verantwortungsbewusstsein. Allerdings muss das Regieren und Verwalten in offenen, dynamischen und komplexen Strukturen noch erlernt werden. Open Data und Innovationsplattformen bringen Innovations- und Öffnungsimpulse in die öffentliche Verwaltung. Interoperabilität und offene Standards helfen, bestehende Barrieren über Organisationsgrenzen hinweg zu überwinden. Daten, Informationen und Wissen lassen sich über das semantische Web, Ontologien, Simulationen, Augmented Reality, das Internet der Dinge und das Internet der Dienste vollkommen neu erschließen.

Die Konzepte prägen einen nachhaltigen gesellschaftlichen und kulturellen Wandel. In den zunehmend vernetzten Regionen und Städten Europas stößt dies auf fruchtbaren Boden und gewinnt so an weiterer Dynamik, Komplexität und Wirkung. Das Engagement der Bevölkerung und ihre Mitwirkung in vielen Bereichen sind Vorboten einer Entwicklung, die in den kommenden Jahren die Gesellschaft und den öffentlichen Sektor verändern wird. Staat und Verwaltung werden sich mit den Herausforderungen einer engagierten Öffentlichkeit konstruktiv auseinandersetzen müssen und diese künftig aktiv nutzen. Dadurch kann das Vertrauen der Bürgerschaft in staatliche Institutionen gefestigt werden. Gleichzeitig ist die Verwaltung dann auf zunehmend raschere Veränderungen besser vorbereitet. Sie kann diese selbst proaktiv mitsteuern.

Zugleich sorgen die Breitbandvernetzung bei Festnetz und Mobilfunk, die zunehmende Rechenleistung der Prozessoren, mobile Endgeräte sowie die Verfügbarkeit von Hochleistungsservern über das Internet dafür, dass die Qualität, der Nutzen und die Verbreitung von vernetzten und mitdenkenden Anwendungen im E-Government zunehmen werden. Das Zusammenspiel von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, von Stadt- und Regionalentwicklung und von hoher Innovationsbegeisterung eröffnen soziale und technologische Integrations- und Vernetzungspotentiale, an deren Realisierung bisher nicht zu denken war.

Die Fachtagung Verwaltungsinformatik und die Fachtagung Rechtsinformatik setzen sich vor diesem Hintergrund mit den folgenden Themenfeldern aus einer technischen, rechtlichen, ökonomischen, verwaltungswissenschaftlichen und politischen Sicht auseinander:

### **Öffnung von Staat und Verwaltung (Open Government und Good Governance):**

- Einsatz von Web 2.0-Technologien und sozialen Medien in Verwaltung, Justiz und Politik
- Weiterverwendung vernetzter offener Daten (Linked Open Government Data) und Informationen des öffentlichen Sektors (Public Sector Information): Potentiale, rechtliche Rahmenbedingungen, Lizenz- und Geschäftsmodelle, Grenzen und praktische Anwendungen
- Transparenz, Partizipation und Kollaboration: Erfahrungen, Konzepte, innovative Technologien und Erkenntnisse zur Bürgerbeteiligung über elektronische Medien (Konsultationen, Offener Haushalt, Beteiligungshaushalte, Liquid Democracy)
- Innovationsmanagement und Open Innovation im öffentlichen Sektor als Anforderung zur erfolgreichen Bewältigung aktueller Herausforderungen
- Offene Staatskunst und offene Staatskünstler
- Web 2.0-Technologien und ihr Einsatz im Spagat zwischen Offenheit, Sicherheit, Verantwortung und Vertrauen im Hinblick auf inhaltliche Qualität und Schutzbedarf
- Wissensmanagement, Wissensprozesse, Wissenstransfer und Open Access
- Zusammenschluss von Aufgabenträgern zur Stärkung ihrer strategischen und wirtschaftlichen Position (z.B. Zusammenschluss öffentlicher IT-Dienstleister)
- Potentiale und Risiken von öffentlich-privaten Partnerschaften in offenen Strukturen
- Vertrauen in die Informationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung

### **Offene, smarte und vernetzte Verwaltung:**

- Neuartige Potentiale durch Sensoren und Vernetzung in mitdenkenden Städten: Smart Phone, Smart Home, Smart Metering, Smart Grid, Smart Mobility, Smart Health, Smart Education und Smart Justice.
- Horizontale und vertikale Zusammenarbeit von Behörden: Kommunen – Länder – Bund
- Internationale Zusammenarbeit von Behörden und von Europäischen Institutionen
- Vernetzte Architekturen, organisationsübergreifende Prozessketten und proaktive Verwaltungsangebote
- Zwischenbilanz zu den ersten verwaltungsebenenübergreifenden Hochleistungsportalen: One Stop Government, einheitliche Ansprechpartner, Service Center und die einheitliche Behördenrufnummer D115
- Einsatz semantischer Technologien im Internet der Dinge und Dienstleistungen: Neue Anwendungen und Geschäftsmodelle durch Vernetzung von Daten, Informationen, Wissen, Diensten und Prozessen
- Interoperabilität: Interoperable und standardisierte Dokumenten- und Datenformate, standardisierte und interoperable Services und Dienste
- Elektronische Identitäten und elektronische Signaturen über nationale Grenzen hinweg: Interoperabilität und gegenseitige Anerkennung
- IT-Sicherheit in vernetzten Strukturen der öffentlichen Hand: Grundrechte, rechtliche Ausprägungen und organisatorische Anforderungen

### **Politische und rechtliche Vorgaben für Staat und Verwaltung:**

- Spezifische rechtliche Aspekte organisationsübergreifender sowie grenzüberschreitender Vernetzung und Zusammenarbeit
- Gesetzesfolgenabschätzung im Kontext Europäischer Richtlinien
- Politikfeldgestaltung: Modellierung, Inhalte, Analysen, Simulationen, Umsetzung, Evaluation
- Rechtsmodellierung, Rechtsimplementierung und wissensbasierte Argumentationssysteme
- Nationaler IT-Planungsrat und seine sich langsam entfaltende Wirkung
- E-Government-Gesetze bei Bund und Ländern
- Compliance: Sicherstellung rechtlicher Vorgaben bei organisatorischen und technischen Veränderungen vs. rechtliche Anpassungen
- Datenschutz: Grundrechte, aktuelle Herausforderungen und organisatorische Anforderungen

- Personal und Qualifizierung: Aus- und Weiterbildung im Kontext innovativer Technologie-Nutzung, der demographischen Herausforderung und neuer organisatorischer Kooperationsmodelle
- Einsatz von Entscheidungsautomaten in Fachverfahren zur Visualisierung und Beurteilung von Sachverhalten (Steuern, Verkehrsstrafen, Leistungen): Risikoanalyse und Rechtsschutz
- Erfolgsfaktoren für das Projektmanagement im öffentlichen Sektor
- Leistungsvergleiche über ein elektronisch unterstütztes Benchmarking

Wir rufen hiermit zu Beiträgen der Verwaltungsinformatik, der Rechtsinformatik und des Informationsrechts sowie verwandter Disziplinen aus Wissenschaft und Praxis auf, um Konzepte und Praxisbeispiele im Kontext „Staat und Verwaltung auf dem Weg zu einer offenen, smarten und vernetzten Verwaltungskultur“ vorzustellen und zu diskutieren. Beiträge sind unter dem genannten Motto vor allem zu den oben angesprochenen Themen erwünscht. Sie können jedoch auch weitere Themen behandeln.

## Hinweise zur Einreichung der Beiträge

---

Die Konferenzsprache ist Deutsch.

**Alle Beiträge, die im Tagungsband erscheinen sollen**, werden einem anonymen Begutachtungsprozess (drei Gutachten) unterzogen und in den GI Lecture Notes in Informatics (LNI) im Köllen Verlag veröffentlicht. Der Umfang der Beiträge zur Begutachtung und Veröffentlichung im Tagungsband ist auf 10 Seiten im Format der GI LNI beschränkt.

Ihre Beiträge können Sie zur Begutachtung unter der Konferenzwebseite (<http://www.ftvi.de>) online einreichen. Die Formatrichtlinie ist ebenfalls unter <http://www.ftvi.de> erhältlich. Bitte anonymisieren Sie Ihren Beitrag für den Blind Review Prozess, sodass kein Hinweis auf Autoren erkenntlich ist. Beiträge zum Blind Review können ausschließlich als PDF-Datei eingereicht werden. Beiträge, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden nicht begutachtet und daher automatisch von der Annahme zur FTVI & FTRI 2012 ausgeschlossen.

Für Bewerbungen um **Beiträge aus der Praxis, die nicht im Tagungsband erscheinen sollen**, wird die Einreichung in Form einer kurzen Zusammenfassung (Zielsetzung, wesentliche Inhalte des Vortrags, Beitrag zur Verwaltungs- und/oder Rechtsinformatik; ca. 1-2 Seite/n) erwartet.

## Aktualisierte Einreichfristen und Termine

---

Einreichfrist für Beiträge zur Begutachtung: **03.10.2011 (inklusive Verlängerung)** ✓  
 Einreichfrist für Praxisvorträge (ohne schriftliche Abfassung für den Tagungsband): **15.10.2011** ✓  
 Benachrichtigung über Annahme von Beiträgen und Praxisvorträgen: **07.11.2011**  
 Einreichung der druckfertigen Beiträge für den Tagungsband: **15.12.2011**  
 Ende der Registrierungsmöglichkeit als "Frühbucher": **31.01.2012**  
 Ende der regulären Registrierung zur Konferenz: **29.02.2012**

## Tagungsleitung

---

Prof. Dr. Jörn von Lucke, (Sprecher der FG VI), Zeppelin University Friedrichshafen  
 Prof. Dr. Maria Wimmer (Sprecherin des FB RVI der GI), Universität Koblenz-Landau  
 Dr. Siegfried Kaiser (ehemaliger stv. Sprecher der FG VI), ITOB GmbH  
 Prof. Dr. Dr. Erich Schweighofer (Sprecher des FA RI), Universität Wien, Österreich  
 Christian Geiger, M.A., Zeppelin University Friedrichshafen

## Programmkomitee

---

Prof. Dr. Walter Blocher, Universität Kassel  
 Dr. Uwe Brinkhoff, Bundesanstalt für  
 Immobilienaufgaben

Dr. Michael Breidung, Stadt Dresden  
 Prof. Dr. Jan vom Brocke, Universität  
 Liechtenstein



Prof. Dr. Martin Brüggemeier, HTW Berlin  
Wolfgang Bruns, DLZ IT des BVBS  
Prof. Dr. Ralf Daum, DHBW Mannheim  
Prof. Dr. Wolfgang Eixelsberger, FH Kärnten  
Prof. Dr. Andreas Engel, Stadt Köln  
Prof. Dr. Nikolaus Forgó, Gottfried Wilhelm  
Leibniz Universität Hannover  
Prof. Dr. Herbert Fiedler, Universität Bonn  
Prof. Dr. Thomas Gordon, Fraunhofer FOKUS  
Prof. Dr. Norbert Gronau, Universität Potsdam  
Prof. Dr. Dirk Heckmann, Universität Passau und  
Zeppelin University Friedrichshafen  
Hans-Peter Hess, Stadt Friedrichshafen  
Prof. Dr. Dennis Hilgers, Universität Hamburg  
Prof. Dr. Bernd Holznagel, Universität Münster  
Prof. Dr. Gerrit Hornung, Universität Passau  
Prof. Dr. Holger Hünemohr, Hochschule Rhein-  
Main  
Dr. Siegfried Kaiser, ITOB GmbH  
Prof. Dr. Sayeed Klewitz-Hommelsen,  
Hochschule Bonn-Rhein-Sieg  
Prof. Dr. Ralf Klischewski, German University in  
Kairo, Ägypten  
Prof. Dr. Helmut Krcmar, TU München  
Tanja Krins, GfWM  
Willy Landsberg, European Society for  
eGovernment e.V.  
Prof. Dr. Klaus Lenk, Universität Oldenburg  
Dr. Doris Liebwald, Universität Wuppertal  
Prof. Dr. Peter Loos, Universität des Saarlandes  
Prof. Dr. Jörn von Lucke, Zeppelin University  
Friedrichshafen  
Prof. Dr. Dagmar Lück-Schneider, Hochschule  
für Wirtschaft und Recht Berlin  
Prof. Dr. Andreas Meier, Universität Fribourg  
Prof. Dr. Axel Metzger, Gottfried Wilhelm  
Leibniz Universität Hannover  
Prof. Dr. Bela Mutschler, Hochschule  
Ravensburg-Weingarten  
Prof. Dr. Phillipp Müller, Universität Erfurt

Prof. Dr. Markus Nüttgens, Universität Hamburg  
Prof. Dr. Günther Pernul, Universität Regensburg  
Prof. Dr. Detlef Rätz, Fachhochschule der  
Sächsischen Verwaltung Meißen  
Dr. Helmut Redeker, Rechtsanwälte Heinle,  
Baden, Redeker & Partner GbR, Bonn  
Jürgen Renfer, Bayrischer  
Gemeindeunfallverband  
Prof. Dr. Reinhard Riedl, FH Bern, Schweiz  
Prof. Dr. Alexander Roßnagel, Universität Kassel  
Georg Schäfer, Innenministerium Baden-  
Württemberg  
Prof. Dr. Thomas Schaller, Hochschule Hof  
Prof. Dr. Birgit Schenk, Hochschule  
Ludwigsburg  
Prof. Peter Schilling, Fraunhofer FOKUS und  
Hochschule Ludwigsburg  
Prof. Dr. Tino Schuppan, Institut für  
eGovernment, Potsdam  
Prof. Dr. Gerd Schwabe, Universität Zürich  
Prof. Dr. Dr. Erich Schweighofer, Universität  
Wien, Österreich  
Peter Sauter, Landratsamt, Bodenseekreis  
Prof. Dr. Gerald Spindler, Universität Göttingen  
Ulf Steinmetz, Stadt Köln  
Prof. Dr. Jürgen Stember, Hochschule Harz  
Prof. Dr. Jürgen Taeger, Universität Oldenburg  
Prof. Dr. Roland Traunmüller, Universität Linz,  
Österreich  
Prof. Dr. Anne-Dore Uthe, Hochschule Harz  
Prof. Dr. Andreas Wiebe, Universität Göttingen  
Prof. Dr. Claus Christian Wiegandt, Universität  
Bonn  
Prof. Dr. Maria A. Wimmer, Universität  
Koblenz-Landau  
Dr. Petra Wolf, TU München  
Dr. Marianne Wulff, Vitako  
Prof. Dr. Hans-Dieter Zimmermann,  
Fachhochschule St. Gallen

## Veranstalter

GI Fachgruppe Verwaltungsinformatik

GI Fachausschuss Rechtsinformatik

## Mitveranstalter

DGRI Fachausschuss  
Rechts- und Verwaltungsinformatik  
Wissenschaftliche Gesellschaft  
Digital Government (WiDiGo)  
Alcatel-Lucent Stiftung  
für Kommunikationsforschung

Bundesministerium des Innern  
Innenministerium Baden-Württemberg  
Bodenseekreis  
Stadt Friedrichshafen  
Zeppelin University Friedrichshafen